

USA: Religionsfreiheit als Vorwand für Diskriminierung

Die USA stehen in der Kritik, Glaubensfreiheit gegen andere Grundrechte auszuspielen. Menschenrechtler kritisieren die Beratungskommission der Trump-Regierung. Religionsfreiheit werde als Vorwand für Diskriminierung missbraucht.



US-Präsident Donald Trump hat eine besondere Beziehung zu den Evangelikalen – das dürfte sich wohl auch auf seine Politik auswirken.

Menschenrechtsaktivisten werfen den USA vor, die Religionsfreiheit gegen andere Grundrechte auszuspielen. Die vom US-Aussenamt gegründete "Kommission für unveräußerliche Rechte" nutze die Religionsfreiheit als Vorwand für Verletzungen der Rechte von Frauen, Homosexueller und Transgender-Personen, hiess es in einer am Freitag veröffentlichten Erklärung von 167 Aktivisten bzw. Gruppen aus 28 Ländern.

US-Aussenminister Mike Pompeo hatte die Kommission im Juli 2019 als Beratungsgremium eingerichtet, um zwischen "unveräußerlichen" Rechten und sogenannten Ad-Hoc-Rechten zu unterscheiden. Dies sei "besorgniserregend", meinten die Aktivisten laut Kathpress in ihrer Erklärung.

Zudem seien Mitglieder ernannt worden, die nachweislich den Zugang zu sexuellen und reproduktiven Gesundheitsdiensten, die Menschenrechte von Frauen und die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender- und Queer-Menschen ablehnen. Hierbei gehe es auch um die Verweigerung von Abtreibung und Empfängnisverhütung aus religiösen Gründen.

Religionsfreiheit kein Vorwand für Diskriminierung

Die Religionsfreiheit sei zwar ein grundlegendes Menschenrecht, dürfe jedoch nicht als Vorwand für Diskriminierung missbraucht werden, argumentieren die Menschenrechtsaktivisten. "Die Neudefinition einiger Rechte und damit einiger Menschen als 'weniger gleich' erhöht nur die Ungleichheit, Unsicherheit und Ungerechtigkeit", kritisierte Amanda Klasing von Human Rights Watch.

"Die Trump-Regierung hat die Religionsfreiheit routinemässig als Instrument zur Diskriminierung von Frauen, Mädchen und LGBT-Personen eingesetzt", sagte die Präsidentin der Internationalen Koalition für Frauengesundheit, Francoise Girard. Die Kommission sei "ein hartnäckiger Versuch, eine Hierarchie von Rechten zu schaffen und den am stärksten marginalisierten Menschen der Welt ihre Grundrechte zu verweigern". Hier werde ein "gefährlicher Präzedenzfall" für rückwärtsgewandte Regierungen weltweit geschaffen, wird Girard zitiert.